

Verflechtungen von Innen- und Aussenpolitik genau durchleuchtet

Sichtweisen Im Rahmen der Vortragsreihe «Kohärenz und Zielkonflikte der Aussenpolitik» des Liechtenstein-Instituts fand der dritte Vortrag mit Diskussionsrunde im Vereinshaus in Gamprin statt.

VON BANDI KOECK

Verschiedene Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft legten ihre persönliche Sicht auf die Aussenpolitik Liechtensteins in einem Kurzreferat dar. Das Interesse seitens der hiesigen Bevölkerung war gross. Die Regierung definiert Aussenpolitik in erster Linie als Interessenwahrungspolitik. Im Zentrum steht dabei die Wahrung der Souveränität und Wohlfahrt. Die internationale Arbeit Liechtensteins ist deshalb weitgehend als Aussenwirtschaftspolitik zu verstehen. Doch es sind nicht nur wirtschaftliche Interessen, welche das Land in seinen Aussenbeziehungen verfolgt. Vielmehr ist Liechtenstein auch um den Einsatz für ein friedliches Zusammenleben der Völker, die Linderung von Not und Armut in der Welt sowie die Achtung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie bemüht. «Die EU-Datenschutzrichtlinie der Vorratsdatenspeicherung ist nur eine Dimension des Spannungsfeldes», sagte Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut am Anfang über die Verflechtung der Aussenpolitik des Fürstentums. Zur strukturellen Verflechtung zählen Exekutive, Legislative, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Es fielen Begriffe wie Doppelbesteuerungsabkommen oder Lobbying. Erwähnt wurde auch, dass sich Liechtenstein aktiv für eine internationale Umweltpolitik zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung einsetzt. Im Anschluss an die kurze Eröffnung erfolgten die Referate mit Josef Beck von der Industrie- und Han-



Die Referenten der verschiedenen Verbände, von links: Sigi Langenbahn (LANV), Peter Ritter (LED), Josef Beck (LIHK) und Prinz Michael von und zu Liechtenstein (Treuhändervereinigung). (Foto: Paul Trummer)

delskammer, Sigi Langenbahn vom Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverband, S. D. Prinz Michael von und zu Liechtenstein von der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung sowie Peter Ritter vom Liechtensteiner Entwicklungsdienst.

«Es gibt keine Freundschaften»

Prinz Michael betonte, dass Aussenpolitik weltweit stets eine Frage der Interessenpolitik ist. «Es gibt keine Freundschaften, keine Loyalität, sondern nur die eigenen Interessen», so der Vertreter der Treuhändervereinigung. Er gab einen kurzen historischen Rückblick über die Souveränität und kam dann auf aktuelle Krisen zu sprechen. «Generell gilt, dass die Einschränkung der Souveränität der kleinen Staaten stark ist.» Die Parameter für die Aussenpolitik kleinerer Staaten seien enger geworden: Die geringen Ressourcen von

Liechtenstein stellen ein Problem dar. Prinz Michael scheute sich auch nicht, das Thema Schwarzgeld in Bezug auf Treuhand und Reputation versus Wettbewerb anzusprechen: «Wir hatten keine Schwarzgeldstrategie, daher habe ich Probleme mit dem Wort Weissgeld. Wir haben ausserpolitische Vorgaben, die wir innenpolitisch umsetzen müssen. Das sollten wir so machen, dass es für das Business verträglich ist», unterstrich Prinz Michael. Sigi Langenbahn stellte die einzige Gewerkschaft im Land kurz vor. «Wir sind Mitglied des europäischen Gewerkschaftsbundes, was für uns von grösster Bedeutung ist. Die Globalisierung zeigt, dass wir nicht mehr eine abgesonderte Insel sind», so Langenbahn zur EWR-Mitgliedschaft des Landes. Geschäftsführer Josef Beck referierte über Liechtenstein als Industriestandort in einem globalen Netzwerk. Das sei immens wichtig,

denn «in Liechtenstein arbeiten fast 40 Prozent der Beschäftigten im Industriebereich. In Deutschland sind es knapp 28 Prozent».

Ziel: Mehr Doppelbesteuerung

Beck betonte auch, dass die Schweiz für viele Betriebe der Heimmarkt sei. Das wichtigste Handelsland für die Mitglieder des LIHK sei Deutschland. Mit den USA, China, Indien und Russland strebe man ein Freihandelsabkommen an. Liechtenstein hat aktuell Doppelbesteuerungsabkommen mit 12 Ländern, darunter Uruguay, Georgien, Malta oder Luxemburg. «Das Land sollte sich auf weitere Doppelbesteuerungsabkommen konzentrieren» sagte Beck abschliessend. Peter Ritter vom LED betonte die hohe Abhängigkeit vom Land, welches den LED im Jahr 2012 mit über 16 Mio. Franken unterstützt hatte. «Der LED ist Bestandteil der Liechtensteiner Aussenpolitik.»